



Juli/August 2009

Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

Fokus Green Economy

- Mit der Energiewende drohen neue geopolitische Konflikte Seite 1
- Cleantech: US-chinesische Kooperation könnte Durchbruch bringen Seite 2
- USA bereiten sich auf eine Zukunft ohne Öl vor Seite 3
- Indiens Arme könnten von Umstellung auf Erneuerbare Energien profitieren Seite 4

- Chinas Wachstumsraten stehen auf unsicherer Basis Seite 4
- US-Nachrichtendienstchef: Sicherheitsbedrohung für die USA wächst Seite 5
- Irak: Rückzug der USA bestimmt über Zukunft des Landes Seite 5
- Terrorismus bedroht Bau der längsten Gaspipeline durch die Sahara Seite 6

Fokus Green Economy

Mit der Energiewende drohen neue geopolitische Konflikte

David Rothkopf, Is a Green World a Safer World?: A Guide to the Coming Green Geopolitical Crises, *Foreign Policy*, September/Oktober 2009

Eine globale Energiewende dürfte die beste Antwort auf einige der aktuell größten sicherheitspolitischen Risiken sein. In Zukunft muss Energie möglichst emissionsarm erzeugt werden, diese Erkenntnis teilen inzwischen die meisten Menschen. Doch dass damit auch neue Probleme und Herausforderungen verbunden sind wird bisher kaum diskutiert. Dabei bringt der dringend benötigte Übergang zu „grünen“ Energien auch neues Konfliktpotential und geopolitische Spannungen mit sich. Einige Beispiele:

„Grüne“ Handelskriege: Im Bereich erneuerbare Energien nimmt der Protektionismus stetig zu. So enthält das gerade verabschiedete US-Klimagesetz Vorkehrungen zur Errichtung von Handelsbarrieren, falls sich Staaten nicht an vereinbarte Emissionsgrenzen halten. Besonders zwischen den Industrieländern und den Schwellenländern dürften die Konflikte in Zukunft zunehmen. Schon im Herbst 2008 haben Überlegungen der EU, die Einfuhr von Biotreibstoffen aufgrund von Umweltbedenken zu beschränken, acht Entwicklungsländer zur Androhung von juristischen Schritten veranlasst.

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 15.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service.

Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67
10117 Berlin
Germany

Tel: +49.30.206 337 88
Fax: +49.30.206 337 90

www.atlantische-initiative.org
info@atlantische-initiative.org

Vorstand

Dr. Johannes Bohnen
Jan-Friedrich Kallmorgen

Beirat

Dr. Rudolf Adam
Dr. Ronald D. Asmus
Prof. Dr. Arnulf Baring
Dr. Christoph Bertram
Carl-Eduard von Bismarck
Dr. Philip v. Boehm-Bezing
Dr. Mark Brzezinski
Jürgen Chrobog
Thomas L. Farmer
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger
Dr. Jeffrey Gedmin
Prof. Dr. Helga Haftendorn
Dr. John C. Hulsman
Dr. Michael J. Inacker
Dr. Jackson Janes
Marvin Kalb
Dr. Walther Leisler Kiep
Eckart von Klaeden
Hans-Ulrich Klose
John Kornblum
Dr. Charles Kupchan
Alexander Graf Lambsdorff
Prof. Dr. Kurt J. Lauk
Dr. Beate Lindemann
Heike MacKerron
Dr. Norbert Otten
Cem Özdemir
Ruprecht Polenz
Avi Primor
Prof. Dr. E. Sandschneider
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik
Karsten D. Voigt
Lord Wallace

Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.
Bankhaus LÖbbecke AG
Bankleitzahl: 100 30 500
Kontonummer: 12 57 95 00

Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701
USt-IdNr.: DE 252416799

(Zer-)Fall der Ölstaaten: Vor den ölproduzierenden Ländern liegen ereignisreiche Jahre. Ein prognostizierter Anstieg des Ölpreises auf bis zu 250 US-Dollar pro Barrel wird ihre Staatfonds stark anschwellen lassen. Doch der Niedergang folgt unaufhaltsam. Das Ende der Ölwirtschaft wird zu politischen und sozialen Konflikten führen, die sich auch auf benachbarte Staaten ausweiten können.

Nukleare Schockwellen: Der Übergang zu einer emissionsarmen Energieproduktion ist ohne den Ausbau der Nuklearkraft nicht zu schaffen. Ihre Renaissance hat längst begonnen – vor allem in den energiehungrigen Schwellenländern, in denen mehr als zwei Drittel der neu geplanten Atomkraftwerke entstehen werden. Doch mit jedem neuen Projekt steigen auch die Risiken, dass atomares Material in falsche Hände gelangt oder ein terroristischer Anschlag auf eine Anlage Erfolg hat.

Wassermangel: Einige Formen alternativer Energien benötigen enorme Mengen an Wasser, so z.B. die Erzeugung von Biotreibstoff. Als Antwort könnten Staaten damit beginnen, massiv Wasser zu speichern – was langfristig zu Problemen mit den Nachbarstaaten führt. Schon 2030 könnten zwei Drittel der Weltbevölkerung in Gebieten mit Wasserarmut leben. Wasser wird zum „neuen Öl“ werden, nicht zuletzt aufgrund seiner wachsenden Bedeutung als Konfliktpotential.

Lithiumknappheit: In den USA, Europa und Asien sind Hybrid- und Elektrofahrzeuge groß im Kommen. Ihr langfristiger Erfolg hängt aber von der Batterieleistung ab. Aktuellster technologischer Stand ist die Lithium-Ionen-Batterie. Damit dürfte der Rohstoff Lithium zu einem der begehrtesten Rohstoffe des 21. Jahrhunderts werden. Eines der größten bekannten Vorkommen liegt in der südamerikanischen Atacama-Wüste, einem zwischen Chile und Bolivien umstrittenen Gebiet. Eine Auseinandersetzung um den Zugang zu dem Rohstoff könnte schnell zu Engpässen führen. China und Russland, die ebenfalls über nennenswerte Reserven verfügen, könnten aus einer solchen Situation Profit schlagen. [Mehr...](#)

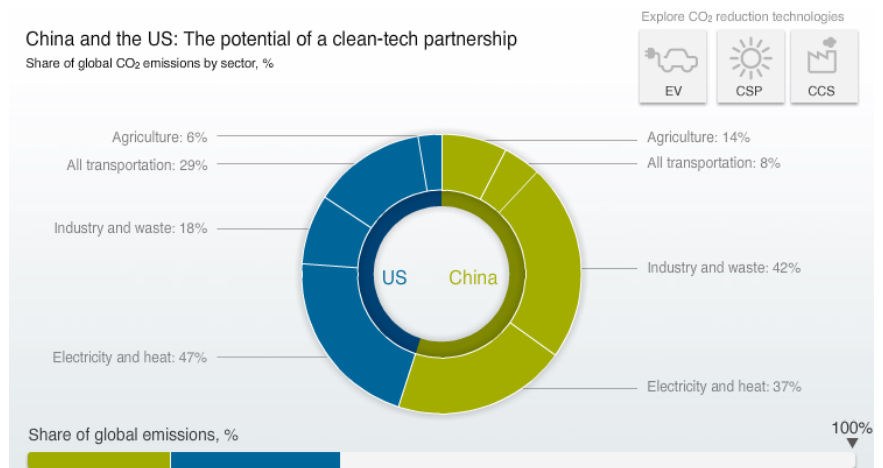
Cleantech: US-chinesische Kooperation könnte Durchbruch bringen

Jonathan Woetzel, China and the US: The potential of a clean-tech partnership, *McKinsey Quarterly*, August 2009

Die beiden größten globalen CO₂-Verursacher, die USA und China, arbeiten mit Hochdruck an einer Antwort auf den Klimawandel. Neben der drastischen Reduzierung von Ölimporten und der Verbesserung des Umweltschutzes steht die Entwicklung von saubereren Technologien ganz oben auf ihrer Liste. Doch anstatt die Herausforderung alleine anzunehmen, sollten sich beide Staaten lieber zusammenschließen und in Kooperation die zukunftsträchtigsten Technologien zur Marktreife bringen. Zu diesen gehören:

Elektrofahrzeuge: 42% der Emissionen aus dem Verkehr könnten eingespart werden, wenn bis 2030 die Mehrheit der Fahrzeuge weltweit von Hybrid- und Elektromotoren angetrieben wird. Um den Unternehmen in beiden Staaten die gemeinsame Entwicklung der benötigten Antriebe, Batterien und Lade-stationen zu ermöglichen, sollten die Regierungen einheitliche Standards erstellen, die Finanzierung der benötigten Infrastruktur sichern, duale Forschungs- und Entwicklungsarbeit fördern, Handelsbarrieren abbauen und den Konsumenten Anreize für die Anschaffung der neuen Fahrzeuge bieten. Beide Länder sollten zusammen korrespondierende Städte für Pilotprojekte zur Erprobung der neuen Technologie bestimmen und Daten zum Konsumentenverhalten austauschen.

CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS): Noch fehlt der CCS-Technologie die Marktreife, da die Abscheidung von Treibhausgasen aus Kohlekraftwerken sehr kosten- und energieintensiv ist. Außerdem gibt es noch keine finale Lösung für die Lagerung der abgeschiedenen Emissionen. Der gemeinsame Bau von Testanlagen in den USA und China könnte für einen Durchbruch sorgen, wenn die Ergebnisse mit anderen



Quelle: McKinsey Quarterly in collaboration with Frog Design

Akteuren geteilt und somit schneller Lösungen für die technischen Herausforderungen und die Endlagerung gefunden werden. Bis 2020 könnten so 20% aller neuen chinesischen und 40% aller neuen amerikanischen Kohlekraftwerke diese Technologie nutzen.

Solarwärmekraftwerke: Diese Art der Energiegewinnung wird ohne eine Partnerschaft der USA und Chinas kaum eine Zukunft haben. Neben den technischen Herausforderungen sind hohe Investitionen notwendig, die nur von den größten Volkswirtschaften erbracht werden können. Mit Solarwärmekraft, die Sonnenlicht in Dampf umwandelt und speichert, können höhere Wirkungsgrade erzielt werden als bei Photovoltaik-Anlagen. Durch gemeinsame Standards, Pilotprojekte sowie Forschung und Entwicklung in diesem Bereich könnten bis 2030 in den USA und China über eine halbe Million Arbeitsplätze geschaffen und mehr als ein Fünftel des Energiebedarfs beider Staaten gedeckt werden.

Neben der Reduzierung der Ölimporte, der Verringerung der Luftverschmutzung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze hat eine konkrete Zusammenarbeit einen weiteren Vorteil: Sie könnte sich vertrauensfördernd auf die Beziehungen der beiden Regierungen auswirken, die noch unter politischen und wirtschaftlichen Differenzen leiden. Doch die Herausforderungen sind enorm: Unternehmen in beiden Ländern werden der Zusammenarbeit mit Misstrauen begegnen. Besonders US-Unternehmen sind angesichts des bisherigen Umgang Chinas mit geistigem Eigentum skeptisch gegenüber Pilotprojekten im Reich der Mitte. Hier muss Peking sicherstellen, dass die gewerbliche Schutz- und Urheberrechte eingehalten werden. Außerdem müssen die Länder einen effektiven institutionellen Rahmen für gemeinsame Projekte sowie Finanzierungsmechanismen und Regeln für Unternehmenspartnerschaften schaffen. Eine funktionierende Zusammenarbeit wäre ein starker Impuls für saubere Technologien. Von den Vorteilen würden auch andere Staaten profitieren, der Wettbewerb würde zunehmen. Nur muss dann Europa und vor allem Deutschland als Weltmarktführer für „grüne“ Technologien aufpassen, dass es dabei den Anschluss nicht verliert. [Mehr...](#)

USA bereiten sich auf eine Zukunft ohne Öl vor

Douglas Arent et al., *Alternative Transportation Fuels and Vehicle Technologies*, *Center for Strategic & International Studies*, 17.08.2009

Der Energiehunger der USA ist kaum zu stillen. Besonders gefragt ist Öl, das 40% des gesamten US-Energiebedarfs und 95% des Treibstoffverbrauchs deckt. Doch die USA müssen umdenken: Prognosen sagen bis 2030 einen Anstieg des weltweiten Kraftstoffverbrauchs um 25% vorher, die Ära des billigen Benzins ist endgültig vorbei. In den USA wird nun fieberhaft nach Alternativen für bestehende Fahrzeugtechnologien und Treibstoffe gesucht. Die technischen, wirtschaftlichen und politischen Hürden sind gewaltig, ihre Bewältigung wird sich aber auszahlen.

Als Ölersatz bieten sich neben Biokraftstoffen der ersten und zweiten Generation vor allem unkonventionelle fossile Treibstoffe an. Diese zeichnen sich durch die Verflüssigung von Gas und Kohle aus. Besonders die Umwandlung von Kohlenwasserstoff in flüssigen Treibstoff bietet großes Potential. Kohlenwasserstoffe lassen sich aus Ölschiefer, Ölsand, Kohle, Erdgas und Methanhydrat gewinnen. Sollte es den USA gelingen, alle ihre inländischen Ressourcen in flüssigen Treibstoff umzuwandeln, würde das die Versorgung für die nächsten 100 Jahre sicherstellen. Neue Treibstoffe stellen aber neben neuen Herausforderungen an Transport und Verteilung auch neue Anforderungen an die Fahrzeugtechnologie. Hier bieten sich Verbrennungsmotoren an, die an verschiedene Kraftstoffe angepasst werden können (flex-fuel vehicles – FFV). Vorbild ist der Ethanol FFV, der bereits marktreif ist und mit einer Kombination aus 15% Benzin und 85% Ethanol betrieben wird. Allerdings kann erst an einem Prozent aller Tankstellen der entsprechende Kraftstoff getankt werden.

Zahlreiche alternative Treibstoffe und Fahrzeugtechnologien lassen sich im eigenen Land entwickeln und produzieren. Gleichzeitig ist es mit neuen, emissionsarmen und effizienten Fahrzeugtypen möglich, den Ausstoß von Treibhausgasen entscheidend zu verringern. Davon profitiert die Umwelt ebenso wie die US-Außenpolitik. Washington wäre zur Deckung seines Energiebedarfs nicht mehr länger von ausländischen Ölimporten abhängig. Dies würde nicht nur die Energiesicherheit des Landes entscheidend verbessern, sondern auch die Machtbalance zwischen den ölproduzierenden und den ölexportierenden Ländern. [Mehr...](#)

Indiens Arme könnten von Umstellung auf Erneuerbare Energien profitieren

Nandan Nilekani, India Should Combine Though Climate Stand With Green Policy, *YaleGlobal*, 02.07.2009

Bis zur Kopenhagener-Klimakonferenz im Dezember muss die indische Regierung ihre langfristige Strategie für den Umgang mit dem Klimawandel definiert haben. Indien ist weltweit mit am stärksten von Klimaveränderungen betroffen. Gleichzeitig zieht die alte indische Forderung, dass vor allem die Hauptverursacher der Luftverschmutzung – also die westlichen Industrieländer – für Umweltschutzmaßnahmen zahlen sollen, nicht mehr. Indien kann die Zustände im eigenen Land nicht länger ignorieren. Die Schwierigkeit besteht nun darin, die globalen Vereinbarungen zu erfüllen, ohne die eigenen Entwicklungsziele zu gefährden. Dies ist zwar keine leichte Aufgabe, doch am Ende könnte Indiens Bevölkerung profitieren.

Denn in einer umweltfreundlichen Politik liegen große Chancen und ein emissionsarmes Wachstum muss nicht zwangsläufig der Entwicklung schaden. Vielmehr bieten sich hier für indische Unternehmen neue Absatzmärkte. Außerdem könnten Ausgleichmaßnahmen der Industrie für emissionsintensive Projekte neue Arbeit in ländlichen Regionen schaffen, indem die Bevölkerung dort für die Anpflanzung und Pflege von neuen Wäldern auf öffentlichen Flächen angestellt wird. Zusammen mit einer Neugestaltung der Eigentumsrechte würde dies in der ländlichen Bevölkerung Indiens für ein gewisses Maß an Wohlstand sorgen. Der emissionsarme Ansatz bietet dem Land daher eine große Chance und passt auch zum Ziel der indischen Regierung, die sich schon seit Jahren die Bekämpfung der Armut und der Einkommensunterschiede auf die Fahne geschrieben hat. [Mehr...](#)

Chinas Wachstumsraten stehen auf unsicherer Basis

John H. Makin, China: Bogus Boom? *American Enterprise Institute*, August 2009

Mit acht Prozent Wachstum im zweiten Quartal 2009 erscheint China wie das Wunderkind der Weltwirtschaft in Zeiten der globalen Rezession. Dafür hat Peking Ende 2008 ein massives Konjunkturpaket zur Belebung der Binnennachfrage auf den Weg gebracht. Dies soll vor allem durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Infrastrukturbereich und durch Lockerungen der Kreditvergabe gelingen. Doch der Schein trügt. Das aggressive Bestreben des chinesischen Staatsrats, derart hohe Wachstumsraten für eine exportorientierte Wirtschaft in Zeiten zusammenbrechender internationaler Handelsvolumen zu erhalten, birgt viele Risiken. Und selbst ein angestiegener Inlandskonsum wird kaum in der Lage sein, gefallene Exportraten zu kompensieren.

Obwohl sich die wirtschaftliche Daten aufgrund ihrer andersartigen Zusammenstellung in China mit denen im Westen nur schwer vergleichen lassen, verrät der starke Anstieg des Geldvolumens im zweiten Quartal, dass die Zentralbank Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Konsum nicht für ausreichend hält. Sie stimuliert die Nachfrage, und zwar trotz gestiegener Produktionszahlen, die in der Berechnung des chinesischen Bruttoinlandsproduktes eine größere Rolle spielen als in den USA. Wachstumsraten in China basieren auf den Produktionszahlen und nicht, wie in den USA, auf der Summe von Konsum, Investitionen, Staatsausgaben und Export. In China fließen auch die für Arbeitsbeschaffungsprojekte freigegebenen Gelder in die Berechnung des Wachstums ein. So ergibt sich das Wachstum für 2009 fasst ausschließlich aus dem Konjunkturpaket mit einem Volumen von 14% des Bruttoinlandsproduktes.

Als weiteres Problem erweisen sich die Erleichterungen der Kreditbedingungen, die zu einem Anstieg der Geldmenge führen, was wiederum die Preise in die Höhe treibt. Private Haushalte in China versuchen nun, ihre hohen Spareinlagen dagegen abzusichern. Sie investieren in Konsumgüter, Immobilien und Aktien – mit Folgen: Die Immobilienpreise in den größeren Städten sind bereits um 13% gestiegen. Die beiden Aktienmärkte in Shanghai sind dieses Jahr mit 75% bzw. 95% geradezu explodiert, auch aufgrund ihrer Attraktivität für ausländisches Kapital. Nun ist zu befürchten, dass

der chinesischen Wirtschaft nicht nur eine Spekulationsblase im Aktienmarkt, sondern auch eine im Immobilienmarkt bevorsteht.

Der chinesische Staatsrat scheint gewillt, dies in Kauf zu nehmen – trotz der Gefahr, dass hohe Inflationsraten entstehen und dies die Lebenshaltungskosten ansteigen lässt, was wiederum die soziale Stabilität im Land gefährden könnte. Er hofft auf eine Erholung der US-amerikanischen Wirtschaft im zweiten Halbjahr und ein Erstarren der Nachfrage nach Waren „made in China“ im Ausland, vor allem in den USA. Doch was passiert, wenn das Wachstum in den USA, Europa und Japan, wie von vielen befürchtet, niedrig ausfällt? Experten befürchten, dass das riskante Spiel des Staatsrats dann nicht aufgehen wird. Im schlimmsten Fall könnte das Platzen der Spekulationsblasen im Aktien- und Immobilienmarkt bei gleichzeitig hohen Inflationsraten verheerende Folgen für die chinesische Wirtschaft und damit den Rest der Welt haben. [Mehr...](#)

US-Nachrichtendienstchef: Sicherheitsbedrohung für die USA wächst

Dennis C. Blair, Annual Threat Assessment of the Intelligence Community for the *Senate Select Committee on National Security*, 12.02.2009 – freigegeben im August 2009

In einem erst im August freigegebenen Bericht vor dem Senatsausschuss für die Geheimdienste macht der Direktor der Nationalen Nachrichtendienste der USA, Dennis C. Blair, interessante Aussagen, die bisherigen Annahmen in Frage stellen:

Iran: Laut Blair wird das Land frühestens 2013 die technischen Voraussetzungen für die Produktion von hoch angereichertem Uran haben. Auch gibt es keine Beweise, dass Teheran sich Material zum Bau von Bomben zu beschaffen versucht. Dies sei dem internationalen Druck zu verdanken, der solange effektiv bleibt, wie die Wachsamkeit der internationalen Gemeinschaft nicht nachlässt.

Wirtschaftskrise: Als die größte sicherheitspolitische Bedrohung für die USA in nächster Zeit nennt Blair die weltweite Wirtschaftskrise. Vor allem in den Ländern Lateinamerikas, der früheren Sowjetunion und Afrikas südlich der Sahara kann die Krise regimebedrohende Ausmaße erreichen, geschürt von Unruhen aufgrund zusammenbrechender Finanzsysteme und hoher Arbeitslosigkeit. Die daraus resultierenden humanitären Katastrophen wie zum Beispiel Flüchtlingsströme aus dem karibischen Raum bedeuteten eine konkrete Gefahr für die Sicherheit der USA. Die Krise untergräbt in den am schwersten betroffenen Ländern die finanziellen Mittel und auch den innenpolitischen Willen, sich an Aufgaben der internationalen Sicherheit zu beteiligen.

Afghanistan: Um den Einfluss des Westens in Afghanistan einzudämmen, unterstützt der schiitische Iran paradoxerweise heimlich die sunnitische Taliban, in deren Augen die Schiiten eigentlich Ketzler sind. Er tut dies trotz der offiziell guten Beziehungen zu der Regierung in Kabul. Diese Taktik ist auch als Absicherung iranischer Interessen gedacht, falls die Taliban das Land wieder unter ihre Kontrolle bringen. Die Legitimität der Regierung in Kabul wird aber auch von innen unterminiert, hauptsächlich durch korrupte Beamte, die vom Opium-Handel profitieren, der 90 % des weltweiten Angebots ausmacht. Zusätzlich verkompliziert wird die Lage durch Pakistan. Islamabad stellt seine nationalen Interessen, vor allem die Auseinandersetzung mit Indien, über die Zusammenarbeit mit den USA und der NATO zur Bekämpfung der al-Qaida Gruppen im afghanischen Grenzgebiet. Die 2008 drastisch zugenommenen Anschläge der Taliban sowie die internen Probleme der afghanischen Sicherheitskräfte machen eine Verringerung der Truppenstärke in Afghanistan vorläufig eher unwahrscheinlich.

Pandemien: Laut der Vorhersagen der amerikanischen Nachrichtendienste ist in nächster Zeit der Ausbruch einer Influenza-Pandemie zu befürchten, ähnlich der von 1918, die weltweit 71 Mio. Tote fordern und bei Kosten von über 3 Billionen US-Dollar eine weitere Rezession nach sich ziehen könnte.

Als weitere große Herausforderung der nächsten 20 Jahre nennt Blair den Klimawandel. Auch die notwendige Erneuerung der Infrastruktur in den USA sowie weltweiter Wassermangel und dadurch bedingte Migrationsbewegungen stellen das Land direkt oder indirekt vor schwere Aufgaben. [Mehr...](#)

Irak: Rückzug der USA bestimmt über Zukunft des Landes

Anthony H. Cordesman and Adam Mausner, *Withdrawal from Iraq: Assessing the Readiness of Iraqi Security Forces*, *Center for Strategic & International Studies*, August 2009

Im Gegensatz zu den Ereignissen in Afghanistan schenken die deutschen Medien dem Irak wenig Beachtung. Dabei rückt mit dem geplanten Abzug der Amerikaner aus dem Zweistromland Ende 2011 ein historischer Wendepunkt unaufhaltsam näher – mit Folgen für die ganze Region: Iran weitet schon heute seinen Einfluss stetig aus und die Türkei fürchtet, dass der Nordirak zur Zufluchtsstätte für kurdische Aufständische wird. Entscheidend für die Zukunft des Irak sind ein gut gemanagter Abzug der US-Truppen und die Formierung effektiver irakischer Streitkräfte. Die Iraker müssen ohne die Unterstützung der US-Soldaten im Stande sein, Sicherheit und Stabilität zu garantieren. Sonst besteht die Gefahr, dass die Lage außer Kontrolle gerät und das Land sowie die ganze Region in einer Spirale der Gewalt versinkt.

Zu einem Abzug der US-Truppen gibt es keine Alternative. Für viele Iraker sind die US-Soldaten Okkupanten, die man lieber heute als morgen abziehen sieht. Auch für die USA ist die Aussicht, in wirtschaftlich schweren Zeiten auf Jahre hinaus Verpflichtungen im Irak nachzukommen, nicht sehr reizvoll. Doch obwohl die irakischen Kräfte zuletzt einige Erfolge verbuchen konnten: Ohne die Unterstützung amerikanischer Truppen wird es für die irakische Regierung noch schwerer, das religiös und ethnisch gesplittete Land im Griff zu behalten. Diese Spaltung zeigt sich selbst innerhalb der Streitkräfte: Ständig gibt es Konflikte sowohl zwischen Sunniten und Schiiten (von den Kurden ganz zu schweigen) als auch innerhalb der beiden religiösen Gruppen. Unter den Schiiten stehen sich die Mahdi Armee von al-Sadr und die Badr Brigade unversöhnlich gegenüber. Bei den Sunniten sind die „Söhne des Iraks“ anderen sunnitischen Gruppierungen, vor allem auf lokaler Ebene, feindlich gesinnt. Schon heute weigert sich die irakische Regierung, mehr als 20% dieser Milizgruppe in ihre Sicherheitskräfte zu integrieren, um das Gleichgewicht in der Truppe nicht zu gefährden. Die allgegenwärtige Korruption trägt weiter dazu bei, die Gruppen gegeneinander aufzuhetzen. Auch die Aufstellung von Polizeieinheiten wird dadurch erschwert. Gleichzeitig wird die Ausbildung der Sicherheitskräfte immer noch stark improvisiert. Neben Ausbildern und Führungskadern im Innenministerium fehlen auch die nötige Ausrüstung und Schulungseinrichtungen. Luftwaffe und Marine verfügen noch nicht einmal über Aufstellungen der von ihnen benötigten Kampfsysteme. Selbst ein halbes Jahrzehnt nach dem Sturz Saddam Husseins gibt es kein klares Konzept für die zukünftige Struktur der irakischen Sicherheitskräfte, das auch die Rolle der USA beim Aufbau effektiver irakischer Streitkräfte berücksichtigt.

Damit stellt sich 2011 folgendes Dilemma: Einerseits ist ein zu früher Abzug der Amerikaner gefährlich, solange die irakischen Sicherheitskräfte der Lage nicht völlig gewachsen sind. Andererseits könnte ein zu langes Verbleiben der US-Truppen die irakische Regierung innenpolitisch unter Druck setzen. Realismus in der Einschätzung der irakischen Kapazitäten und eine genaue Vorbereitung der Abzugsmodalitäten sind die Schlüssel zum Erfolg. Der Abzug wird in verschiedenen Phasen vor sich gehen müssen und beiden Seiten einiges an Flexibilität abverlangen. Ein möglicher Lösungsweg bestünde in der weiteren Präsenz von amerikanischen Militärberatern nach dem Truppenabzug und in amerikanischen Garantien für die Luftunterstützung. [Mehr...](#)

Terrorismus bedroht Bau der längsten Gaspipeline durch die Sahara

Riccardo Fabiani, *Is the Trans-Sahara Gas Pipeline a Viable Project? The Impact of Terrorism Risk*, *Jamestown Foundation, Terrorism Monitor*, Vol. 7 Issue 25, 13.08.2009

Algerien, Nigeria und Niger planen eines der größten Infrastrukturprojekte Afrikas: den Bau der mit über 4.000 km längsten Gaspipeline weltweit quer durch die Sahara bis zum Mittelmeer. Die geschätzten Baukosten betragen 12 Mrd. US-Dollar – und trotzdem stehen die europäischen Energiekonzerne Schlange: Ob Shell, Total, ENI oder auch Gazprom, alle wollen Zugang zum afrikanischen Gas. 30 Mrd. Kubikmeter sollen pro Jahr nach Europa fließen. Das entspricht dem Ziel der EU, ihre Energieversorgung zu diversifizieren. Doch neben den technischen Herausforderungen bedroht vor allem die schlechte Sicherheitslage das Projekt.

Die geplante Pipeline führt durch eine der extremsten Klimazonen der Erde und ist dadurch allein schon ein hoch riskantes Investment. Eine weitaus größere Gefahr aber geht von den regionalen Terrorgruppierungen aus. Auf nigerianischer Seite ist die

Bewegung für die Emanzipation des Niger Deltas (MEND) aktiv, die bereits in der Vergangenheit erfolgreich die nigerianische Öl- und Gasinfrastruktur attackiert hat und mit der Sabotage des neuen Projekts droht. Erst im Juli zerstörten Aufständische zehn Pipelines eines Terminals in Lagos, ohne dass Sicherheitskräfte intervenierten. Wenn so etwas bereits in größeren Städten möglich ist, wie sollen dann tausende von Kilometern Pipeline in Landesinneren effektiv geschützt werden? In der Sahel-Zone wird das Projekt vor allem durch Guerilla-Bewegungen der Tuareg bedroht, die bereits chinesische und französische Mitarbeiter von Energieprojekten gekidnappt haben. In Algerien ist die Organisation al-Qaida des Islamischen Maghreb, von den USA immerhin als eine der gefährlichsten Terrorgruppen weltweit eingestuft, aktiv. Der südliche Ableger dieser Organisation machte bisher hauptsächlich durch Attentate und Entführungen auf sich aufmerksam, ihr nördlicher Ableger attackierte aber auch schon ausländische Ölarbeiter.

Was bedeutet dies für die Realisierung des Projekts? Bisher zeigen sich die beteiligten Staaten trotz aller Zweifel fest entschlossen, die Pipeline zu bauen. Für sie ist der Anschluss ihrer Ressourcen an den europäischen Markt von strategischer Bedeutung. Doch Kritiker verweisen auf die hohen Kosten und Risiken. Neben den Aufwendungen für die Sicherheit bei Bau und Betrieb der Pipeline drohen hohe Versicherungsprämien. Schließlich genügt eine einzige erfolgreiche Attacke, um die Konstruktion und später auch den Betrieb für lange Zeit zu unterbrechen. Diese Risiken schrecken private Investoren ab. Als Alternative wird immer wieder Flüssiggas genannt, welches aus dem Golf von Guinea weniger kostenintensiv und gleichzeitig relativ sicher per Schiff nach Europa transportiert werden könnte. Und auch von einer anderen Seite könnte der Nutzen des Projekts torpediert werden: Sollten die Bemühungen von Gazprom um eine Beteiligung Erfolg haben, wäre einer der Hauptgründe für dieses Projekt, nämlich Europas Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu verringern, zunichte gemacht. [Mehr...](#)

Interessiert an weiteren Themen?

[Registrieren](#) Sie sich kostenlos bei unserem englischsprachigen Internet Think Tank atlantic-community.org! Lesen Sie Zusammenfassungen der besten weltweiten Pressekommentare zu aktuellen Themen der internationalen Politik und Globalisierung, netzwerken Sie mit politischen Vordenkern in Europa und Nordamerika, und publizieren Sie eigene Meinungsbeiträge und Studien.



ATLANTIC-COMMUNITY.ORG

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)
Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Jade-Yasmin Tänzler
© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin
Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90
Email: info@atlantische-initiative.org